No. 140. — 56. Jahrgang.

Die „Berliner Volks-Zeitung" erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt
Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Abend-Ausgabe

Montag, 23. März 1908

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf. Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Straße 46/49. — Filialen: S. Prinzenstr. 41. SO. Kottbuserstr. 1, SO. Sorauerstr. 29, O. Petersburgerstr. 2, NO. Gr. Frankfurterstr. 33 u. Gr. Frankfurterstr. 87, NO. Kniprode 31, N. Schiffbauerdamm, N. Schulzendorferstr. 27 (am Weddingplatz), C. Königstraße 56/57, NW. Alt-Moabit 138, W. Kotzbuerstr. 35, W. Bayreutherstr. 35, W. Leipzigerstr. 103, SW. Hallesches Ufer 6, Rixdorf, Prinz Handjerystraße 83/84 und Berlinerstr. 73, Schöneberg, Borbergstr. 8, Charlottenburg, Kantstraße 34, Pankow, Berlinerstraße 135.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Reichstagspräsident und Presse.

Wir haben bereits in unserer Sonntagnummer unser Befremden über die unbegreifliche Hartnäckigkeit ausgesprochen, mit der Graf Stolberg sich weigert, der durch Herrn Gröber beleidigten Presse, die Genugtuung zu gewähren, auf die sie einen berechtigten Anspruch hat. Dieses Befremden steigert sich zur Entrüstung, wenn man den Ausspruch hört, den Graf Stolberg dem „Berl. Börs.-Kur." zufolge tat, als am Sonnabend Nachmittag die Journalisten es ablehnten, als erste Herrn Gröber ihr Bedauern auszusprechen. Graf Stolberg erklärte darauf: „Dann müssen wir eben ohne Presse auszukommen suchen." Graf Stolberg hat durch diesen Ausspruch zu erkennen gegeben, daß er dem Posten eines Reichstagspräsidenten absolut nicht gewachsen ist. Graf Stolberg hat durch die Ungeschicklichkeit, die er von Anfang an bei der Affäre bewiesen hat, den an sich überaus einfachen Streitfall glücklich zu einer Krisis gesteigert, die die ganze zivilisierte Welt angeht. Er hat den Reichstag infolge der vollkommenen Ausschaltung der Berichterstattung in den Zustand einer Hilflosigkeit versetzt, die geradezu zum Spott herausfordert. Und er hat durch seinen Ausspruch wie durch sein ganzes Verhalten am Sonnabend gezeigt, daß ihm die Bedeutung und die Stellung der Presse im öffentlichen Leben immer noch nicht klar geworden ist. Das ist angesichts der bei der Krisis zur schönsten Geltung gekommenen Solidarität der Presse, angesichts der scharfen Verurteilung der Gröberschen Schimpferei durch alle Blätter, rein unfaßbar. Der Ausspruch des Grafen Stolberg ist, bei Lichte besehen, eine neue Beleidigung der Presse, und der Reichstag sollte ernsthaft überlegen, ob er den Grafen Stolberg nach diesem Versagen weiter für geeignet hält, die Geschäfte des Reichstages zu führen.

Seit gestern hat nun auch der Reichskanzler in die Angelegenheit eingegriffen. Er suchte mit Nachdruck eine Einigung bis heute mittag herbeizuführen; denn — er sollte heute seine große Rede über Deutschlands auswärtige Politik halten. Und ihm war natürlich sofort klar, daß ohne die Mitwirkung der Presse dies absolut unmöglich sei. Er sowohl wie Herr v. Loebell, der Chef der Reichskanzlei, haben daher gestern lange mit dem Grafen Stolberg konferiert. Heute vormittag um elf Uhr wurden die Verhandlungen mit der Kommission der Journalistentribüne fortgesetzt, über deren Ergebnis wir weiter hinten berichten. In Abgeordnetenkreisen sieht man ein, daß es so nicht weitergehen kann. Wie wir erfahren, besteht die Absicht, die Angelegenheit heute vor Eintritt in die Tagesordnung in einer Geschäftsordnungsdebatte zur Diskussion zu stellen.

Inzwischen häufen sich die

Sympathiekundgebungen

aus allen Teilen des Reiches und dem Auslande fortwährend. Der Nürnberger Journalisten- und Schriftstellerverein gibt in einem Schreiben seiner Entrüstung über die schwere Beleidigung aus der Mitte des Reichstages Ausdruck und bekundet zu dem erhobenen entschiedenen Protest seinen Beifall. Der Klub Wiener Presse sendet „herzlichen und freudigen Glückwunsch zur mannhaften Verteidigung unserer Standesehre". Vollen Erfolg wünschen die deutschen Redakteure in Wien. Die Literarische Praxis bringt in einem Schreiben ebenfalls ihre herzlichste Sympathie zum Ausdruck. In einer vollzählig auch von den Zentrumsmitgliedern in Düsseldorf besuchten Vorstandssitzung des Verbandes der rheinisch-westfälischen Presse wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt: „Der Vorstand des Verbandes der rheinisch-westfälischen Presse, dem mit geringen Ausnahmen die Zeitungen aller bürgerlichen Parteien beider Provinzen angehören, erklärt den Reichstagsjournalisten seine Zustimmung zu ihrem Vorgehen und zur energischen Wahrung der Berufsehre und des Ansehens der deutschen Presse gegenüber dem Reichstag, ohne sich dadurch mit einer etwaigen Angebühr eines einzelnen Journalisten einverstanden zu erklären. Der Vorstand fordert alle Mitglieder auf, die Journalistentribüne des Reichstages in den von ihr ergriffenen Maßnahmen zur Erlangung ausreichender Genugtuung nach Kräften zu unterstützen." „Für die mannhafte Haltung sendet der Verband der Wiener Zeitungskorrespondenten die wärmsten Sympathien." Auch vom Verein Concordia in Wien werden „kameradschaftliche Sympathien" zum Ausdruck gebracht. Der Verband Deutscher Journalisten in Böhmen bekundet ebenfalls telegraphisch seine Sympathien. Der Verein Leipziger Presse telegraphiert: „Wir beglückwünschen Sie zu dem einstimmigen gemeinsamen Eintreten für unseren Stand gegenüber den nur durch größten Mißbrauch der parlamentarischen Redefreiheit ermöglichten Angriffen. Wir erhoffen besten Erfolg." Zustimmungskundgebungen erfolgten ferner vom „Verband der Zeitungskorrespondenzen" von der „Breslauer Zeitung", der „Breslauer Morgen-Zeitung", der „Charlottenburger Neuen Zeit", den „Stettiner Neuesten Nachrichten", dem „Vogtländischen Anzeiger" und anderen Blättern.

Aus Paris meldet ein Telegramm:

Die feste Haltung der deutschen Presse gegenüber der Beleidigung des Abgeordneten Gröber wird in Paris mit steigender Aufmerksamkeit und Sympathie verfolgt. Der „Temps" schreibt: Dieser Konflikt erweitert die Spaltung zwischen den übrigen Parteien und dem Zentrum. — Die allgemeine Verstimmung gegen die ultramontane Arroganz wird durch diesen Vorgang genährt. Die Einmütigkeit der deutschen Presse aller Parteien, gestützt durch die Sympathiekundgebungen des Auslandes, gibt einen Beweis von der Macht der öffentlichen Meinung. Die Haltung der Presse muß sich die „Achtung der Staatsgewalten und der politischen Kreise erzwingen". — Andere Zeitungen sprechen von der Dummheit („gaffe"), die Gröber begangen, und die sich an seiner Partei rächen werde. Sie äußern sich erstaunt über den Präsidenten des Reichstages, dessen Benehmen eigentlich noch verletzender sei als die hitzige Bemerkung Gröbers, und sprechen die Hoffnung aus, daß die deutsche Presse sich ihr gutes Recht nicht durch irgendein schwächliches Kompromiß beschränken lassen werde. Nach wie vor findet besonders das Zusammenhalten aller Redaktionen große Anerkennung. Eine große französische Provinzzeitung schreibt: „Daß politische Gegner so fest zusammenstehen, wenn es die Verteidigung der Berufsehre gilt, ist ein erfreuliches Schauspiel. Die deutsche Presse weiß sich Respekt zu verschaffen. Wir spüren wieder einmal etwas von der Kraft der deutschen Ideale."

Ueber die eigenartige Rolle, die der Abgeordnete Dr. Müller-Meiningen bei der Entwickelung der Angelegenheit gespielt hat, schreibt die „Kölnische Volkszeitung":

Allgemein wird in Abgeordneten- und Journalistenkreisen das Verhalten des Abgeordneten Müller-Meiningen verurteilt. Bekanntlich waren es Abgeordnete der Freisinnigen und Sozialdemokraten, welche durch Lachen gegen den Hinweis des Abgeordneten Erzberger auf die Unsterblichkeit der Seele auch des Negers demonstrierten. Als nun die Freisinnigen die Entrüstung im Zentrum über diese Verhöhnung eines christlichen Glaubenssatzes sahen, da war es zunächst Abgeordneter Müller-Meiningen, der die Schuld von den Freisinnigen abwälzen wollte und darum die Journalistentribüne denunzierte. Als nun der Abgeordnete Gröber seine nicht für die Journalistentribüne bestimmte und nur in der allernächsten Umgebung hörbare Aeußerung getan hatte, ging wieder Müller-Meiningen zu den Journalisten und hinterbrachte ihnen die Bemerkung Gröbers. Müller hatte in allernächster Nähe Gröbers gestanden. Diese Denunziation findet einstimmig Verurteilung.

Das Verhalten des geschäftigen Herrn aus Meiningen, der überall dabei sein muß, macht einen kläglichen Eindruck.

* * *

Aus einer „bestreikten" Sitzung.

Im Zentrum ist man, wie die Schimpfereien des Herrn Gröber zeigen, aufs äußerste darüber aufgebracht, daß man die Plattheiten und endlosen Tiraden, die Herr Erzberger im Reichstage zum besten gibt, nach Gebühr auslacht, und daß sich auch die Journalistentribüne daran beteiligt. Das Recht, über Herrn Erzberger zu lachen, wenn es der Situation angemessen ist, wird man aber niemandem verwehren dürfen.

Uebrigens hat sich Herr Erzberger in einer der beiden bisher „bestreikten" Sitzungen wieder eine kapitale Dummheit geleistet. Wir lesen im Protokoll der „Nordd. Allg. Ztg.", die sich darauf beschränkt, die Reden der Regierungsvertreter wiederzugeben, daß der Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz dem Abgeordneten Erzberger bei der Debatte über Kiautschou folgendes erwidert hat:

Ferner, meine Herren, möchte ich, wenn der Herr Abg. Erzberger hier auf eine Aeußerung des früheren Abg. Siemens (über die Nutzlosigkeit der Pachtung von Kiautschou) Bezug genommen hat — es handelt sich übrigens nicht um Werner v. Siemens, sondern ich nehme an, um Georg v. Siemens, den früheren Direktor der Deutschen Bank —, dagegen bemerken: 2c.

Danach hat also Herr Erzberger behauptet, der „verstorbene Abgeordnete Werner Siemens" habe sich über die Pachtung von Kiautschou so und so geäußert. Um den Fonds von Kenntnissen, über die Herr Erzberger verfügt, gebührend würdigen zu können, muß man sich vergegenwärtigen, daß der berühmte Werner Siemens, der zu den bedeutendsten weltpolitischen Persönlichkeiten des vorigen Jahrhunderts gehört, niemals Reichstagsabgeordneter gewesen ist, und daß er bereits im Jahre 1892 gestorben ist, während die Pachtung von Kiautschou seitens Deutschlands erst im Jahre 1898 erfolgte. Die Verwechselung einer Persönlichkeit wie Werner Siemens, von deren Bedeutung sicherlich jeder Berliner Fortbildungsschüler eine Ahnung hat, mit dem freisinnigen Abgeordneten und Direktor der Deutschen Bank Georg v. Siemens ist auf keinen Fall zu entschuldigen. Sie beweist nur, daß das Wissen des Herrn Erzberger sehr große Lücken aufzuweisen hat, und daß dieser besser daran getan hätte, diese Lücken auszufüllen, ehe er sich der parlamentarischen Laufbahn zuwandte.

Wir sind überzeugt, daß das Haus am Sonnabend wieder Herrn Erzberger ausgelacht hat. Herr Gröber scheint es aber diesmal nicht gewagt zu haben, den Lachern das liebliche Wort „Saubengels" entgegenzuschleudern.

Das deutsche Kaiserpaar

trifft nach einer Meldung aus Athen definitiv am 6. April auf Korfu ein.

Militärischer Stellenwechsel.

Eine Extraausgabe des „Mil.-Wochbl." veröffentlicht eine größere Anzahl von Aenderungen in höheren Kommandostellen, namentlich ist eine Reihe von Brigade- und Regimentskommandos neu besetzt worden. Der Fürst von Hohenzollern ist von seiner Stellung als Kommandeur der 3. Gardeinfanteriebrigade unter Beförderung zum Generalleutnant enthoben worden, bleibt aber Chef des 40. Füsilierregiments. An seine Stelle tritt Generalmajor v. Quast von der 39. Infanteriebrigade. Prinz Friedrich Karl von Hessen wurde unter Beförderung zum Oberst zum Kommandeur des 81. Infanterieregiments ernannt.

Verabschiedet sind ferner neun Generalmajore, darunter v. Cordier, Inspekteur der Feldtelegraphie, v. Heyden-Linden, Kommandeur der 2. Garde-Kavalleriebrigade (der ehemals so populäre Herrenreiter). Zu Generalmajoren befördert wurden u. a. die Obersten Sturm, Kommandeur der Eisenbahn-Brig., v. Alt-Stutterheim, Kommandeur der Inf.-Schießschule, v. der Marwitz, Kommandeur der 1. Garde-Kav.-Brig., v. Wartenberg, Abteilungschef im Kriegsministerium, unter Ernennung zum Kommandeur der 22. Inf.-Brig. Franke, Oberst und Prä's der Gewehrprüfungskommission, wurde als Abteilungschef in das Kriegsministerium versetzt. Zu seinem Nachfolger ist der Oberstleutnant Miesitschek v. Wischkau ernannt.

Ein süddeutsches Mißtrauensvotum

wurde gestern wieder dem Fürsten Bülow ausgesprochen. Aus Ulm meldet uns ein Telegramm: Die Landesversammlung der süddeutschen Volkspartei nahm nach längerer Debatte eine Resolution an, die ausdrückt, daß der Liberalismus dem Reichskanzler nicht mehr mit Vertrauen entgegenkommt und ihn nicht mehr unterstützen könne. Sie erklärt, daß der § 7 des Reichsvereinsgesetzentwurfes in der Form des Kompromisses abgelehnt werden müsse.

Die deutsch-französische Annäherung.

Die geschnittene Presse.

In einer gestern im Landeshause der Provinz Brandenburg veranstalteten Versammlung von Persönlichkeiten aus verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens wurde die definitive Konstituierung des bereits in den Monaten Februar, Mai und Oktober vorigen Jahres vorbereiteten deutsch-französischen Annäherungscomités vollzogen. Es wird eine den allgemeinen Interessen beider Nationen dienende Entente angestrebt, die insbesondere nähere Beziehungen auf wissenschaftlichem, künstlerischem, kolonialem und sportlichem, wie überhaupt kulturellem Gebiete herbeiführen soll. Zu diesem Zwecke ist der Austausch von Vorträgen von Parlamentariern, Kolonialmännern, Gelehrten, Künstlern und Technikern 2c. in Deutschland und Frankreich in Aussicht genommen. Auch sollen Zusammenkünfte und Studienreisen von Parlamentariern, Journalisten, gelehrten Körperschaften 2c. nach Frankreich und Deutschland arrangiert, respektive unterstützt werden, um so die führenden Kräfte beider Nationen einander näher zu bringen.

Dem Comité gehören unter anderem an: Der Präsident des Herrenhauses Exzellenz Freiherr v. Manteuffel, der erste Vizepräsident des Reichstages Geheimer Rat Professor Dr. Paasche, der Staatsminister Dr. Hentig, der General der Infanterie Exzellenz v. Fetter, General v. Dinclage-Campe, der Präsident der Berliner Handelskammer Geheimer Kommerzienrat Wilhelm Herz, der Präsident der Königlichen Akademie der Künste Professor Arthur Kampf, Generalmajor v. Loebell, verschiedene Mitglieder des Reichstages und des Hauses der Abgeordneten, Generalleutnant v. Schubert und Geheimer Justizrat Albert Träger, Generaldirektor Dr. Wiegand vom Norddeutschen Lloyd in Bremen 2c.

Die Presse ist bei der Zusammensetzung des Comités so gut wie geschnitten. Und doch schwebt die ganze Sache ohne die Unterstützung der Presse in der Luft.

In einem heftigen Zusammenstoß

kam es gestern in Brünn zwischen klerikalen tschechischen Bauern und ihren radikalen Gegnern. Aus Brünn wird darüber berichtet:

Aus Anlaß der Jahresversammlung des katholischen Vereins tschechischer Bauern Mährens wurden gestern vormittag Gegendemonstrationen der Sozialdemokraten, Nationalsozialen und Radikalen veranstaltet. Die Geistlichen wurden mit Pfuirufen empfangen und angespieen. Vor dem tschechischen Vereinshaus stießen zweitausend Demonstranten mit sechshundert Versammlungsteilnehmern zusammen; die Geistlichen wurden tätlich insultiert. Die Polizei zerstreute die Demonstranten.

Eine große Explosion

fand, wie aus Baku berichtet wird, in einer Arbeiterkaserne in den Naphthawerken von Balachany statt. Die Ursache der Explosion konnte nicht festgestellt werden. Das Gebäude ist teilweise zerstört; unter den Trümmern wurden elf Leichen gefunden.

Die Krankheit Campbell-Bannermans,

des englischen Premierministers, hat einen sehr bedenklichen Charakter angenommen. Wie der Londoner „Observer" meldet, leidet der Premierminister außer an einer Herzkrankheit an einer schweren Wassersucht, ohne daß eine Besserung festzustellen wäre. Die weit vorgeschrittene Krankheit gestattete keinem der Minister, Campbell-Bannerman seit Beginn seines Leidens zu sehen.

Danach erscheint es unbegreiflich, daß der Premierminister noch nicht von seinem Amte zurückgetreten ist.

Ueber einen schweren Uebergriff,

der von türkischen Soldaten verübt worden ist, wird aus Jaffa (Palästina) berichtet:

Während einer Feier des jüdischen Purimfestes überfielen auf Befehl des Kaimakam, eines höheren türkischen Beamten, Soldaten die jüdische Herberge in Jaffa und verwundeten dreizehn Juden, darunter mehrere schwer. Die Bevölkerung ist einstweilen noch ruhig, es werden aber weitere Exzesse seitens des Kaimakam befürchtet.

Einen bedenklichen Umfang

haben in der letzten Zeit die antifranzösischen Treibereien in Indo-China angenommen. Nach einer Meldung des „Matin" verbreiten anamitische Bonzen massenhaft Flugschriften, die zur Steuerverweigerung und zu bewaffnetem Kampfe gegen die Franzosen auffordern, und in denen den Eingeborenen der Sieg der Japaner über Rußland als erhebendes Beispiel vorgehalten wird. Die Flugschriften seien aus Japan von anamitischen Flüchtlingen eingeschmuggelt worden. Infolge dieser Treibereien sei vor einigen Monaten bei dem 4. Tonkinesischen Schützenbataillon eine ernste Verschwörung ausgebrochen, die jedoch bald entdeckt und im Keime erstickt worden sei.

Die japanfeindliche Stimmung

nimmt in China immer mehr zu. Nach einer Meldung aus Hongkong wurde in Kanton eine von mehr als fünfzigtausend Personen besuchte Protestversammlung wurde aus Anlaß des „Tatsu-Maru"-Zwischenfalles abgehalten. Es wurden aufreizende Reden gehalten. Die Leute entledigten sich der aus Japan stammenden Kleidungsstücke, Mützen